

MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL

Ausgangslage

Weltweit hat in den letzten Jahren die unfreiwillige Migration zugenommen. Sie wird ausgelöst durch Krieg und Gewalt vor allem im Nahen Osten, durch Klimakatastrophen, aber auch durch die ungerechte Verteilung des Reichtums zwischen den Ländern des Nordens und des Südens. Damit die Menschen nicht mehr dazu gezwungen sind, ihre Heimat unfreiwillig zu verlassen, braucht es ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung und der kriegerischen Auseinandersetzungen. Dazu ist eine Entwicklungspolitik nötig, die einerseits Hilfe vor Ort fördert und andererseits die Konzerne zur Verantwortung verpflichtet, die Bevölkerung nicht auszubeuten. Es braucht zudem eine friedensfördernde Aussenpolitik und ein Ende des globalen Steuerwettbewerbs. Um den Menschen in ihrer schrecklichen Situation auf der Suche nach Schutz und Arbeit angemessen zu helfen, braucht es europäische Lösungen, die jedoch nicht in Sicht sind. Zusätzlich zu den Herausforderungen durch die unfreiwillige Migration geraten auch migrationspolitische Errungenschaften wie die Personenfreizügigkeit zunehmend unter Druck. In vielen Ländern in Europa werden wieder Grenzzäune hochgezogen, und eine zunehmende Abschottung und Militarisierung prägen die Migrationspolitik der EU und der Schweiz. Doch die Schweiz ist und bleibt ein Einwanderungsland, ein kleiner und offener Staat, der wirtschaftlich immer von MigrantInnen profitiert hat. Trotzdem ist die Migrations- und Asyldebatte zurzeit vor allem geprägt durch bewusst geschürte Angst und fremdenfeindliche Diskurse von Rechts. Geht es um die Einbürgerung von MigrantInnen der zweiten und dritten Generation, werden hohe Hürden bei der Einbürgerung auferlegt. Gleichzeitig darf über ein Viertel der Schweizer Bevölkerung nicht über die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Fragen mitbestimmen. Dieses massive demokratiepolitische Defizit passt nicht zum Selbstbild der Schweiz als Musterland der Demokratie und der Mitbestimmung.

Grundziele der SP

Wir wollen die humanitäre Tradition der Schweiz ausbauen.

Die Schweiz und auch der Kanton Baselland müssen die Migration grundsätzlich als Chance und nicht als Bedrohung betrachten. Es braucht eine Ausländerpolitik, die von Anfang an auf Integration ausgerichtet ist, mit möglichst frühem Eintritt in die Arbeitswelt. Es braucht einen Prozess, der von allen Beteiligten Respekt und Dialogbereitschaft verlangt. Kanton und Gemeinden müssen sich zur konkreten Integrationsförderung verpflichten. Schlüssel zur Integration sind Spracherwerb und Arbeit. Es muss darauf hingewirkt werden, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht durch juristische Barrieren verstellt sind.

Viele MigrantInnen haben in ihrem Heimatland eine Ausbildung, zum Teil mit Hochschulabschluss, gemacht und nehmen hier den erstbesten Job an, um über die Runden zu kommen. Da geht viel Potenzial verloren.

Die Tradition der humanitären Schweiz muss aufrechterhalten und weiterentwickelt werden: Das Recht auf Schutz darf Menschen auf der Flucht nicht aufgrund innenpolitischer Stimmungen aberkannt werden. Wir wollen konsequente und effiziente Asylverfahren, die den Asylsuchenden ihre Würde und ihre individuellen Rechte garantieren. Dafür müssen alle Asylsuchenden menschenwürdig untergebracht werden können. Auch der Kanton und alle Gemeinden müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Migration bedeutet aber auch, dass sich Menschen mit unterschiedlichster Herkunft in Arbeit, Schule und Freizeit begegnen. Die Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton Baselland gehören alle zu uns, unabhängig von ihrer Passfarbe. Ihre Bedürfnisse müssen von der Politik gleichberechtigt gewichtet werden.

Unsere Forderungen

MigrantInnen dürfen nicht allein gelassen und ihrem Schicksal überlassen werden: Viele MigrantInnen werden von der Wirtschaft ausgenutzt. Sie sind Working poor, arbeiten in temporären Verhältnissen und landen überdurchschnittlich oft in der Sozialhilfe. Die Hilfe kommt erst, wenn schon viel Schaden angerichtet ist und Schulden angehäuft worden sind.

Gratis Deutschkurse zur erfolgreichen Integration: Die Sprache als zentrales Element für eine erfolgreiche Integration darf keine Frage des Portemonnaies sein. Um die soziale Isolierung zu verhindern, müssen Menschen mit anderen Muttersprachen gratis Deutschkurse besuchen dürfen. Für Kinder ohne genügend Deutschkenntnisse soll der Besuch einer Spielgruppe oder einer KiTa schon 2 Jahre vor dem Kindergarteneintritt für obligatorisch erklärt werden.

Spezielle Förderung von Frauen*: Wir fordern, dass die weiblichen Asylsuchenden besonders gefördert werden, damit eine optimale Integration möglich ist. Besonderes Augenmerk soll dabei auch auf die Trauma-Bekämpfung bei Frauen* aufgrund der Erlebnisse auf der Flucht gelegt werden.

Die ArbeitgeberInnen in die Pflicht nehmen: Sie sollen einen Beitrag zum Gelingen der Integration leisten, beispielsweise indem sie Arbeitszeit zum Besuch von Sprachkursen und anderen Integrationsangeboten zur Verfügung stellen oder indem sie zur Finanzierung solcher Kurse beitragen.

Förderung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen: Mittels gezielter Integrationsmassnahmen sollen Asylsuchende frühzeitig auf eine Erwerbstätigkeit vorbereitet und in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Schon heute stellt man fest, dass solche Programme wirksam sind und für alle Beteiligten einen Gewinn darstellen. Berufsausbildungen aus der Heimat sollen anerkannt oder es soll ein entsprechender Ausbildungsplatz angeboten werden, damit Geflüchtete auf ihrem gelernten Beruf arbeiten können. Zudem fordern wir eine einheitliche Fallführung über alle Stadien.

Integration durch politische Mitverantwortung: Wer in der Gesellschaft Verantwortung mitträgt, kann sich auch besser integrieren. Deshalb soll den niedergelassenen AusländerInnen das (kommunale und kantonale) Stimm- und Wahlrecht erteilt werden.

Nationale Asylpolitik unterstützen: Der Kanton soll eine soziale, menschenfreundliche Asylpolitik des Bundes unterstützen, die dank Bundeszentren die Asylverfahren koordinieren und beschleunigen will. Dazu soll er bereit sein, Bundeszentren auch auf seinem Territorium zu führen. Das ist wichtig, weil dies eine faire und rasche Bearbeitung der Asylgesuche ermöglicht. Die rechtliche Vertretung der Asylsuchenden, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenomme-

nen soll auch nach der Verteilung im Kanton weiterhin finanziell unterstützt werden, damit ein menschenwürdiges Verfahren garantiert wird.

Einfache und faire Einbürgerungsverfahren: Die Einbürgerungsverfahren in Kanton und Gemeinden müssen vereinfacht und fair gestaltet werden. Einbürgerungen sind auf der Ebene des Kantons abzuwickeln und nicht auf der Ebene der Gemeinden. Zur Gewährleistung von fairen Einbürgerungsverfahren sollen neutrale BeobachterInnen zugelassen werden. Das Bürgerrechtsgesetz muss in diesem Sinne revidiert werden. Die Wohnsitzfristen sollen auf acht Jahre reduziert und die materiellen Anforderungen bundesrechtlich abschliessend verbindlich konkretisiert werden. Die Verfahren und die Gebühren müssen vereinheitlicht werden. Volksabstimmungen über Einbürgerungsgesuche sollen abgeschafft werden.

Unterstützung für traumatisierte geflüchtete Menschen: In unserem Kanton nimmt die Anzahl der Menschen mit Kriegs- und Fluchterfahrungen zu. Diese oft traumatisierten Menschen brauchen spezielle Unterstützung. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden, und es müssen entsprechende Angebote des Kantons, z.B. in Form von Fachstellen, bereitgestellt werden. Ein frühes, professionelles Krisenmanagement bei Traumatisierungen hilft, chronischen Langzeitfolgen vorzubeugen.

Operation Papyrus im Kanton Baselland: Viele Sans-Papiers in der Region arbeiten in Basel und wohnen im Kanton Basel-Stadt oder umgekehrt. Es braucht darum eine gemeinsame Vorgehensweise für die Regularisierung des Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers, welche seit Jahren bei uns leben und arbeiten. Der Kanton soll sich an der Operation Papyrus in Genf orientieren und sich für eine gemeinsame Vorgehensweise mit Basel-Stadt einsetzen.